

Zusammenfassung

Im Zuge wachsender geopolitischer Spannungen und zunehmender wirtschaftlicher Unsicherheit schätzen viele Regierungen weltweit nicht mehr die absoluten Vorteile internationaler Zusammenarbeit, sondern befürchten, weniger von der Zusammenarbeit zu profitieren als andere. Der wachsende Fokus auf die relative Verteilung von Gewinnen aber droht Dynamiken auszulösen, die am Ende alle zu Verlierern machen. Denn eine Politik, die vor allem auf den kurzfristigen eigenen Vorteil schaut, gefährdet die Grundlagen von Kooperation und untergräbt eine Ordnung, die trotz ihrer offensichtlichen Mängel vergleichsweise gute Bedingungen bietet, den sprichwörtlichen Kuchen für alle zu vergrößern. Die transatlantischen Partner und gleichgesinnte Staaten müssen daher einen schwierigen Balanceakt vollziehen: Einerseits müssen sie sich auf wachsenden geopolitischen Wettbewerb einstellen, in dem das Denken in relativen Gewinnen unvermeidlich ist. Andererseits müssen sie Kooperation wiederbeleben, die Vorteile für möglichst viele Staaten bietet und ohne die inklusiveres Wirtschaftswachstum und die Suche nach Lösungen für drängende globale Probleme drohen auf der Strecke zu bleiben.

Absolut betrachtet waren die Jahre nach der Zeitenwende, die das Ende des Kalten Krieges hervorbrachte, eine Erfolgsgeschichte. Die Gefahr eines Großmachtkriegs schien gering, multilaterale Zusammenarbeit gedieh, Demokratie und Menschenrechte waren auf dem Vormarsch, und die weltweite Armut sank beträchtlich. Die offene, regelbasierte internationale Ordnung ließ den „Kuchen“ des globalen Wohlstands erheblich wachsen. Die gegenwärtige Zeitenwende weist jedoch in eine andere Richtung, längst hat der Pessimismus den Optimismus der 1990er Jahre verdrängt. Angesichts zunehmender geopolitischer Rivalitäten und globaler wirtschaftlicher Unsicherheiten steigt innerhalb der transatlantischen Gemeinschaft, in mächtigen Autokratien und im sogenannten Globalen Süden die Unzufriedenheit angesichts einer aus der Sicht vieler Staaten ungleichen Verteilung der Vorteile der internationalen Ordnung. Für viele

Entwicklungsländer hat die Ordnung ihr Versprechen gebrochen, den sprichwörtlichen Kuchen für alle zu vergrößern. China, der vielleicht größte Nutznießer der liberalen internationalen Wirtschaftsordnung, und andere autokratische Herausforderer wiederum haben das Gefühl, die USA bremse sie in der Verfolgung ihrer legitimen politischen und wirtschaftlichen Ansprüche, und drängen mit Nachdruck auf noch größere Kuchenstücke. Und selbst die traditionellen Hüter der Ordnung sind nicht mehr zufrieden angesichts ihrer relativ schrumpfenden Anteile am globalen Kuchen. Tatsächlich erwarten die Menschen in fast allen für den Munich Security Index 2024 befragten G7-Ländern, dass China und andere Mächte des Globalen Südens in den nächsten zehn Jahren deutlich an Macht gewinnen, während ihre eigenen Länder eher stagnieren oder Machtverluste erleben werden. Da immer mehr Staaten ihren Erfolg im Verhältnis zu anderen definieren, droht sich ein Teufelskreis aus relativem Gewinndenken, Wohlstandsverlusten und wachsenden geopolitischen Spannungen zu entfalten. Die daraus resultierenden Dynamiken, die bereits eine Vielzahl an Politikfeldern und Weltregionen ergriffen haben, machen alle zu Verlierern.

Die schlimmste Ausprägung der Sorge um relative Gewinne ist das Nullsummendendenken – die Überzeugung, dass die Gewinne anderer zwangsläufig eigene Verluste bedeuten. Kaum irgendwo ist dieses Denken so deutlich am Werk wie im Streben von Autokratien nach eigenen Einflussosphären. In Osteuropa haben Moskaus imperiale Ambitionen bereits zu einem Krieg geführt und jegliche Visionen einer kooperativen Sicherheitsordnung auf absehbare Zeit beerdigt ([Kapitel 2](#)). Das Ergebnis ist eine Situation, in der alle zu verlieren drohen. Am meisten steht für die Ukraine auf dem Spiel, die um ihr Überleben als unabhängiger Staat kämpft. Aber auch die russische Bevölkerung zahlt einen hohen Tribut für Putins Angriffskrieg. Und die Europäer:innen verlieren ebenfalls, weil sie nicht länger von der Friedensdividende profitieren, sondern stattdessen deutlich mehr für ihre eigene Verteidigung und die Unterstützung der Ukraine zahlen.

Viele Beobachter fürchten eine ähnliche Eskalation der Gewalt im Indo-Pazifik ([Kapitel 3](#)), wo unterschiedliche Ordnungsvorstellungen unvereinbar aufeinanderprallen. Dass China seine maritimen Ansprüche zunehmend mit militärischem Druck verfolgt, schürt vielerorts die Befürchtung, Peking versuche, Ostasien in eine exklusive Einflusszone zu verwandeln. Viele Länder der Region streben deshalb nach engeren Sicherheitsbeziehungen zu den USA und versuchen, ihre wirtschaftliche Abhängigkeit von China zu verringern. Eine deutlich reduzierte Zusammenarbeit mit China schadet jedoch nicht

nur ihnen, sondern auch Peking. Und sollten Großmachtrivalitäten im Indo-Pazifik eskalieren, verlieren alle.

Im Nahen und Mittleren Osten schafft die aktuelle Eskalation der Gewalt bereits jetzt viele Verlierer ([Kapitel 4](#)). Die Terroranschläge der Hamas haben in Israel immenses Leid verursacht und das Sicherheitsgefühl des Landes grundlegend erschüttert. Die Reaktion Israels wiederum hat im Gazastreifen großes Elend erzeugt, das sich in hohen Opferzahlen unter der Zivilbevölkerung, zerstörter Infrastruktur und einer humanitären Notlage zeigt. Der Krieg droht auch die zuvor erfolgte Annäherung regionaler Mächte zunichtezumachen – und damit den Versuch, dem stark ausgeprägten Nullsummend Denken in der Region entgegenzuwirken. Im schlimmsten Fall könnte sich der Krieg auf die gesamte Region ausweiten, wenn von Iran gestützte Kräfte eine weitere Eskalation betreiben.

In der Sahelzone verschlimmert eine Reihe von Putschen ebenfalls eine Situation, in der es nur Verlierer gibt ([Kapitel 5](#)). In Burkina Faso, Mali und Niger, wo jüngst Militärjuntas die Macht ergriffen haben, haben Europa und die USA ihre Partner für Entwicklungszusammenarbeit und die Förderung von Demokratie und good governance, aber auch für Terrorismusbekämpfung und das Management von Migration verloren. Die Menschen in der Sahelzone wiederum verlieren die Chance auf Frieden und demokratischen Fortschritt. Im Sudan hat der gewaltsame Machtkampf, der auf den Staatsstreich von 2021 folgte, unterdessen eine humanitäre Krise monumentalen Ausmaßes verursacht.

Geopolitische Spannungen verändern auch die Globalisierung ([Kapitel 6](#)). Für viele Staaten steht nicht mehr die Steigerung gemeinsamer wirtschaftlicher Gewinne, sondern ihre eigene Absicherung gegen wirtschaftlichen Zwang im Zentrum. In Kapital- und Handelsströmen ist längst eine Fragmentierung entlang geopolitischer Bruchlinien sichtbar. Die vielerorts verfolgte Strategie des „De-Risking“ wirtschaftlicher Beziehungen könnte zwar Verwundbarkeiten und damit das Risiko geopolitischer Konflikte verringern. Eine Fragmentierung der Weltwirtschaft wäre jedoch auch mit erheblichen Kosten verbunden, die insbesondere Länder mit geringem Einkommen treffen.

Selbst die Klimapolitik ([Kapitel 7](#)) – eigentlich ein Paradebeispiel für Kooperation, von der alle profitieren – läuft Gefahr, zum Opfer geopolitischer Spannungen zu werden. Auch wenn sich klima-, wirtschafts- und geopolitische

Ziele zunehmend überschneiden, sind Fortschritte im Bereich grüner Technologien und auf dem Weg zu Klimaneutralität keineswegs ausgemacht. Spannungen zwischen China und den USA, transatlantische Divergenzen zu Handels- und Subventionsregeln und Meinungsverschiedenheiten zwischen Ländern mit niedrigem und hohem Einkommen, unter anderem über eine angemessene Klimafinanzierung, drohen diese zu vereiteln.

Technologischer Fortschritt, lange Jahre ein Treiber globalen Wirtschaftswachstums, wird ebenfalls zunehmend von rivalisierenden Staaten instrumentalisiert ([Kapitel 8](#)). China, die USA und andere Länder streben nach Dominanz im Bereich strategischer Technologien wie Halbleitern und künstlicher Intelligenz (KI). Die zunehmende Fragmentierung des Technologiesektors und damit einhergehende Wohlfahrtsverluste nehmen sie dabei in Kauf. Auch die Suche nach dringend benötigten gemeinsamen Regeln zum Umgang mit KI oder Datensicherheit droht der Versicherheitlichung von Technologie zum Opfer zu fallen.

Anstatt die offene, regelbasierte internationale Ordnung so zu reformieren, dass sie ihrem Versprechen besser gerecht wird, möglichst vielen zu nutzen, bewegt sich die internationale Gemeinschaft derzeit genau in die entgegengesetzte Richtung. Die transatlantischen Partner und gleichgesinnte Staaten stehen daher vor einem schwierigen Balanceakt. Sie haben keine andere Wahl, als mehr in Verteidigung und militärische Abschreckung zu investieren und gleichzeitig Kooperation zum gegenseitigen Nutzen stärker auf politisch gleichgesinnte Staaten zu beschränken. Gleichzeitig dürfen notwendige Kurskorrekturen nicht zu einem Teufelskreis führen, in dem die Furcht vor ungleichen Gewinnen auf immer mehr Themenfelder ausgeweitet und Kooperation zum wechselseitigen Vorteil auf immer weniger Staaten beschränkt wird. Vor allem dürfen die Kurskorrekturen nicht die transatlantischen Bemühungen untergraben, Partnerschaften mit Ländern des Globalen Südens auf- und auszubauen und gemeinsam die bestehende Ordnung so zu reformieren, dass von ihr deutlich mehr Menschen profitieren. Dies ist jedoch leichter gesagt als getan – insbesondere in einem Wahljahr, in dem die greifbaren Vorteile enger Zusammenarbeit selbst zwischen Demokratien weiter unter Druck geraten könnten. Es besteht daher die reale Gefahr, dass immer mehr Länder in eine Dynamik hineingeraten, in der alle verlieren – in der es also nicht mehr darum geht, wer mehr gewinnt, sondern nur noch darum, wer weniger verliert.